

Lob und Tadel aus Brüssel

Aussenpolitik Nach mehrmaligem Verschieben haben die EU-Staaten gestern in Brüssel den Bericht über ihre Beziehung zur Schweiz verabschiedet. Neben Lob listen die EU-Staaten auch mehrere Baustellen auf. Dazu gehört neben der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) auch das Kroatien-Protokoll – die Ausdehnung der Freizügigkeit auf das jüngste EU-Land. Zwar konnte dank der gefundenen Lösung für die MEI auch das Kroatien-Protokoll ratifiziert werden – jedoch rund zweieinhalb Jahre verspätet. Die EU-Staaten fordern nun die Schweiz dazu auf, die Übergangsfristen für Kroatien zu überdenken. Damit zielen sie auf die von der Schweiz wie bei anderen Ländern zuvor auch schon ausgehandelten Übergangsfristen mit Kontingenten und Ventilklausel. Positiv herausgehoben wurde hingegen die auf Anfang 2017 erfolgte Einführung des automatischen Informationsaustauschs. Der neue Gotthard-Basistunnel wird zudem als Meilenstein bezeichnet. (sda)

Weniger Überwachungen

Straftaten Im Vergleich zu 2015 sank im vergangenen Jahr in der Schweiz die Zahl der Echtzeitüberwachungsmassnahmen wie das Mithören von Telefonaten oder Mitlesen von E-Mails um fast 600 auf 2795 Massnahmen. Zudem wurden 5756 rückwirkende Überwachungen angeordnet – das sind fast 500 weniger als im Vorjahr. Dabei geht es um Verbindungsnachweise oder wer wann mit wem wo wie lange telefoniert hat. Die Anzahl der einfachen Telefon-Abfragen, etwa zur Information über IP-Adressen, nahm hingegen zu. Insgesamt ordneten die Strafverfolgungsbehörden elf Prozent weniger Überwachungsmassnahmen an. Rund 40 Prozent dienten dazu, schwere Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz aufzuklären. Knapp ein Drittel betraf schwere Vermögensdelikte, 11 Prozent strafbare Handlungen gegen Leib und Leben. (sda)

Ständerat stellt sich quer

Transparenz Der Nationalrat verlangt, dass auch der Ständerat alle Abstimmungsergebnisse in Form einer Namensliste veröffentlicht. Er hat gestern eine entsprechende parlamentarische Initiative von Andrea Geissbühler (SVP/BE) gutgeheissen. Dieser bemängelte, dass die Bevölkerung bislang nicht nachvollziehen kann, wer wie gestimmt habe. Insbesondere für die Wahlen sei es aber wichtig, dass auch im Ständerat, analog zum Nationalrat, in dieser Beziehung Transparenz geschaffen werde. Man könne so auch nicht auswerten, wie oft ein Ratsmitglied gefehlt habe. Auch wenn das Anliegen bei der vorberatenden Kommission des Ständerats grundsätzlich auf offene Ohren stiess, bemängelte die Kommissionsmehrheit den Absender der Initiative. Das sei Sache des Ständerats, argumentierte sie. Dieser wird nun als nächstes darüber abstimmen. (sda)

Berset pokert hoch

Altersvorsorge Der Sozialminister gilt als geschickter Taktiker. Doch nach fünf Jahren im Bundesrat braucht er mit der Rentenreform endlich einen Erfolg in einem Kerndossier. Die Absturzgefahr ist gross.

Tobias Gafafer

Es sind wohl die intensivsten drei Wochen seiner Politikkarriere. Gestern verteidigte Sozialminister Alain Berset im Nationalrat die Rentenreform, nächste Woche folgt der Ständerat, und danach die Einigungskonferenz. Der Freiburger setzte am Rednerpult sein Pokerface auf und sprach, wie er es oft tut: dossier-sicher, eloquent und zweisprachig. 145 Stunden hätten die Parlamentarier die Vorlage bereits beraten, 51 Zusatzberichte habe der Bund abgeliefert. Grösste Gefahr sei es, bei der Sicherung der Altersvorsorge die Gesamtsicht zu verlieren. Berset liess keine Zweifel aufkommen, dass das Ständeratsmodell mit dem AHV-Zuschlag für ihn der bessere Weg ist. Fakten, die dagegen sprechen, liess er aus, während er die Schwächen des Modells des Nationalrats kritisierte. Dieser blieb vorerst hart (siehe Text unten).

Bei der Reform geht es um viel, für die Altersvorsorge und für den SP-Magistraten. Gewiss, über das Schicksal der Vorlage entscheidet das Parlament. Doch Berset hat sich viel vorgenommen, so viel wie kein Sozialminister vor ihm. Er drückte eine Paketlösung für die erste und zweite Säule, die den jahrelangen Reformstau lösen soll, durch den Bundesrat. Ob das ambitionierte Projekt gelingt, bleibt fraglich. Die Absturzgefahr im Parlament oder vor dem Volk ist gross, die Angriffsflächen sind zahlreich.

Linke und Rechte drohen mit Referendum

Der Unmut wächst. Linke wollen das Referendum ergreifen, weil sie sich am höheren Frauenrentenalter und dem tieferen Umwandlungssatz stören. Das stellt die Taktik von Berset und der SP-Spitze in Frage, welche die linke Basis mit dem Zuckerchen von 70 Franken bei der AHV ködern wollten. Auch Bürgerliche drohen mit dem Referendum. Ihnen geht der AHV-Zuschlag wegen der hohen Kosten zu weit. Kommt hinzu, dass der Bundesrat ursprüng-



Alain Berset hat sich bei der Rentenreform so viel vorgenommen wie kein Bundesrat vor ihm.

Bild: Peter Schneider/KEY

lich selber auf ein Modell setzte, das Rentenausfälle in der zweiten Säule kompensieren wollte. Berset habe sich regelrecht am AHV-Ausbau festgebissen, den SP und CVP im Ständerat einfädelten, sagt Alex Kuprecht (SVP/SZ). Jetzt könnte dieser zum Scheitern der Vorlage führen.

Der Freiburger Staatsrat und alt SP-Nationalrat Jean-François Steiert, ein erfahrener Sozialpolitiker, verteidigt seinen Weggefährten. Ohne die 70 Franken sei von der linken Basis mit keiner Unterstützung zu rechnen. «Eine risikolose Variante gibt es nicht. Berset hat auf die am wenigsten gefährliche Lösung gesetzt.» Der Sozialminister hat in den letzten Wochen den Druck nochmals erhöht. Im Januar warnte er an einem Anlass des Pensionskassenverbandes, eine neue Vorlage wäre erst 2025 möglich. «Es gibt

«Alain Berset hat auf die am wenigsten gefährliche Lösung gesetzt.»

Jean-François Steiert
alt Nationalrat (SP/FR)

keinen Plan B.» Sein Kalkül: Die Branche soll ihre Interessenvertreter dazu bewegen, den AHV-Zuschlag zu schlucken.

Taktik allein führt nicht zum Sieg

Selbst politische Gegner attestieren Berset viel taktisches Geschick. So viel, dass sie ihm verstärkt auf die Finger schauen. «Druck erzeugt Gegendruck», sagt SVP-Ständerat Alex Kuprecht. Mehrere Vorlagen des Innenministers hatten im Parlament denn auch einen schweren Stand, das Tabakproduktegesetz etwa. Nach fünf Jahren im Bundesrat braucht er endlich einen Erfolg. Zwar brachte Berset einen millionenschweren Ausbau der Kultursubventionen durchs Parlament. Und im Streit um die Entschädigung von Asbestopfern kam es zur Einigung. Doch in sei-

nen Kerndossiers, dem Gesundheitswesen und den Sozialversicherungen, kann er bisher wenig vorweisen. Bei der letzten IV-Revision taktierte Berset und sagte, Kürzungen seien unnötig. Am Ende versenkte eine unheilige Allianz die Vorlage. Berset mache bei der Rentenreform denselben Fehler, warnt Nationalrätin Isabelle Moret (FDP/VD).

Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Berset und der Ständerat könnten sich durchsetzen, wenn das Parlament bloss die Wahl zwischen dem AHV-Zuschlag und dem Status quo hat. Der Freiburger hätte damit seine schwierigste Aufgabe gelöst und könnte bei einer der nächsten Bundesratsvakanz einen Wechsel ins Finanz- oder Auswärtigenministerium anstreben. Zwei Departemente, die ihn dem Vernehmen nach reizen würden.

Nationalrat verharret auf Konfrontationskurs

Rentendebatte Noch will sich niemand bewegen im Poker um die Rentenreform. Der Nationalrat hat gestern zum zweiten Mal darüber debattiert – und er zeigte sich unnachgiebig: Er beharrte in allen wichtigen Punkten auf seiner Linie. Ein Knackpunkt ist der AHV-Zuschlag von 70 Franken, den die Linke sowie CVP und BDP fordern. Sie wollen damit die Renteneinbussen ausgleichen, die durch die Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule entstehen.

FDP, SVP und GLP lehnen das ab. Sie drängen stattdessen auf eine Kompensation innerhalb der zweiten Säule. SVP-Nationalrat Thomas de Courten (BL) warnte vor den Kosten, die der AHV-Zuschlag verursacht. «Damit wird das zentrale Ziel der Revision, die Sanierung des Sozialwerks, zunichtegemacht», kritisierte er. Die Befürworter des

AHV-Zuschlags betonten hingegen, nur mit diesem Zuschlag werde die Reform eine Abstimmung überstehen. BDP-Nationalrat Lorenz Hess (BE) meinte: «Mit den 70 Franken hat die Vorlage eine kleine Chance, ohne sie hat sie keine Chance.»

Auch Bauernvertreter auf Parteilinie

Im Vorfeld der Debatte hatten auch einige Bauernvertreter in der SVP Sympathien für den AHV-Zuschlag geäussert. Im Rat stimmten sie aber auf Parteilinie. Der Direktor des Bauernverbandes, FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois (FR), enthielt sich hingegen. Der Nationalrat sprach sich schliesslich mit 103 zu 92 Stimmen gegen die 70-Franken-Lösung aus und stellte sich damit gegen den Ständerat.

Auch in einem weiteren Punkt bleibt der Nationalrat auf

Konfrontationskurs zum Ständerat: Geht es der AHV finanziell schlecht, soll sich das Rentenalter automatisch auf bis zu 67 Jahre erhöhen. FDP-Nationalrat Bruno Pezzatti (ZG) sagte, angesichts der steigenden Lebenserwartung sei das nötig: «Wir werden nicht um eine Erhöhung des Rentenalters herumkommen.» CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer (ZH) hingegen prophezeite: «Mit einer zusätzlichen Diskussion über eine Erhöhung des AHV-Referenzalters auf 67 Jahre ist die Reform garantiert verloren.»

Insgesamt verbleiben zwischen den beiden Räten noch knapp ein Dutzend Differenzen. FDP-Nationalrätin Regine Sauter (ZH) hingegen prophezeite: «Mit einer zusätzlichen Diskussion über eine Erhöhung des AHV-Referenzalters auf 67 Jahre ist die Reform garantiert verloren.»

Ständerat gesandt», sagte sie nach der Debatte. SP und CVP, die im Ständerat die Mehrheit stellen, wollen jedoch nicht von ihren Positionen abrücken. Die Ständeratslösung sei bereits ein Kompromiss, sagte SP-Nationalrätin Barbara Gysi (SG).

Druck auf Wackelkandidaten

SP und CVP haben die besseren Karten in der Hand, da sie in der Einigungskonferenz über eine Mehrheit verfügen. Im Nationalrat sind sie indes auf Stimmen aus GLP, FDP und SVP angewiesen. Dass es Abwechler geben könnte, ist durchaus möglich: Einzelne liessen durchblicken, dass sie die Reform nicht wegen des AHV-Zuschlags abstützen lassen wollen. Vertreter von SP und CVP setzen Druck auf und nehmen insbesondere Bauern und Gewerbetreibende ins Visier. «Die Reform

scheitern zu lassen, wäre absolut verantwortungslos», sagt CVP-Nationalrätin Ruth Humbel (AG).

Das Zünglein an der Waage könnte die GLP spielen. Sie hat gestern mit kurzfristig eingereichten Anträgen vergeblich versucht, das Modell von SP und CVP abzuändern – obwohl sie dieses eigentlich ablehnt. GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy (BE) sagte: «Wir müssen das Ständeratskonzept auch mitgestalten. Momentan hat es darin einige ganz bittere Pillen.» Die Erhöhung der AHV-Rente um 70 Franken für alle lehne sie ab. Ob die GLP dennoch zustimmen würde, um die Reform zu retten, liess Bertschy offen.

Das Tauziehen geht nächste Woche im Ständerat weiter, anschliessend kommt erneut der Nationalrat zum Zug.

Maja Briner